

Gespräch mit den Herausgeber*innen

Mohammed Chahrour und Michèle Winkler



Viele werden den Begriff Clankriminalität vor allem aus Medienberichten über Razzien und Großeinsätze der Polizei kennen, die mit organisierter Kriminalität in Zusammenhang gestellt werden. Ganz naiv gefragt: Was ist das Problem an dem

Diskurs, wieso habt ihr euch entschlossen, die Debatte zu kommentieren und zu kritisieren?

Michèle Winkler: »Clankriminalität« ist ein politischer Kampfbegriff. Er konstruiert eine vermeintlich ethnisch homogene Gruppe als anders, schreibt dieser Gruppe bestimmte stereotype Verhaltensweisen zu und verallgemeinert real vorhandene ebenso wie fantasierte Kriminalität zu einer natürlichen Neigung dieser Gruppe. Das ist klassische rassistische Ideologieproduktion. Mit der Nutzung des Begriffs geht eine mediale Hetzkampagne einher, die buchstäblich Leben zerstört. Menschen, denen dieses Stigma aufgedrückt wird, haben Probleme bei Arbeits- und Wohnungssuche, erfahren Ungleichbehandlung durch Polizei und Gerichte und werden gesellschaftlich geächtet. Darüber hinaus wird dieser Kampfbegriff genutzt, um grundrechtsfeindliche Politiken wie Abschiebungen oder den Entzug von Staatsbürgerschaften zu rechtfertigen.

Mohammed Chahrour: In der öffentlichen Debatte werden die Begriffe »Clankriminalität« und »organisierte Kriminalität« fast synonym gebraucht. Nun ist »Clankriminalität« an sich ein fragwürdiger Begriff. Aber selbst in der Lesart der politisch und polizeilich Verantwortlichen hat er nur bedingt etwas mit organisierter Kriminalität zu tun. Was beim Ansatz der »1000 Nadelstiche« von Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul z.B. geschieht, ist die Subsumierung von schweren Straftaten bis hin zu kleinen Verstößen

wie Parken in zweiter Reihe unter die Kategorie »Clankriminalität«. Dass bei vielen Razzien in deutscher Penibilität Ordnungswidrigkeiten von Polizeikräften dokumentiert werden, die ihrem Auftreten und ihrer Ausrüstung nach eher aussehen, als wären sie gerade auf einem Anti-Terror-Einsatz unterwegs, ist gewollt. So werden aus Bagatelldelikten vermeintliche Schwerverbrechen und aus Mitbürger*innen Clankriminelle. Wie stark der ganze Diskurs auf Übertreibung und Verzerrung beruht, zeigt sich auch, wenn man ein paar Zahlen betrachtet: Stellt man die von der Polizei gezählten »Clandelikte« allen Delikten in der polizeilichen Kriminalstatistik gegenüber, so ergibt sich für Berlin ein Anteil von unter 0,2%, für NRW ein Anteil von unter 0,5%. Doch diese Zahlen tauchen weder in den Lageberichten der Polizei auf, noch in den Verlautbarungen der zuständigen Landespolitiker*innen.

MW: Hinzu kommt die Rolle der Medien: Statt die Aussagen von Polizei und verantwortlichen Politiker*innen kritisch zu hinterfragen, einen nüchternen Blick auf Kriminalitätsstatistiken zu werfen, Hintergründe und Zusammenhänge zu analysieren, tragen auch die Medien die Kriminalisierung mit, verstärken sie sogar. Das ist natürlich kein Zufall, sondern funktioniert aufgrund eines tief verankerten strukturellen Rassismus in Deutschland. Die Vorwürfe und Stereotype, die im Rahmen der Auseinandersetzung um »Clankriminalität« kursieren, kennen wir aus Debatten wie denen um »Leitkultur«, »Parallelgesellschaften« oder Silvesternächte. Diese Kontinuitäten wollen wir aufarbeiten.

Im Buch schreibt ihr u.a. auch, dass die Mordserie in Hanau nicht aus dem Nichts kam. Inwiefern ist Hanau mit dem Diskurs um »Clankriminalität« verknüpft – und was folgt daraus?

MC: Im Rahmen der Debatte um »Clankriminalität« wurden Shishabars und andere Aufenthalts-

über *Generalverdacht*. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird

orte migrantischer Communitys als gefährliche Orte gebrandmarkt. Politiker*innen und Staatsanwälte*innen sprachen von Shishabars als »Clan-Wohnzimmer« und brachten sie dadurch mit einem medial geschürten Feindbild in Verbindung. Begleitet wurde dies von Bildern in der Presse, auf denen schwerbewaffnete Hundertschaften dort eindringen. Die Botschaft dieser Inszenierung war klar: Hier muss der Staat eine von »kriminellen Ausländern« bedrohte Ordnung gewaltsam wiederherstellen. Das hat einen Hass geschürt, der für Rechte und Nazis perfekt anschlussfähig ist. Dass ein extrem rechter Gewalttäter eine Shishabar als Angriffsziel auswählte, ist also keinesfalls überraschend. Man nennt das auch »stochastischen Terrorismus«: Die mediale Dämonisierung bestimmter Gruppen und Orte stachelt zu Gewalttaten auf, die nicht individuell, aber statistisch vorhersehbar sind. Wer sich mit Rassismus profiliert – und das gilt für viele Politiker*innen der selbsternannten Mitte – ist mitverantwortlich für solche Anschläge.

MW: Zudem gibt es ja noch die von den Angehörigen und Überlebenden aufgeworfene Frage nach dem Notausgang der Arena-Bar, einem der Tatorte. Der Notausgang war in der Tatnacht verschlossen. Laut Besucher*innen sei dies dauerhaft so gewesen, gemäß Absprache mit der Polizei, um im Falle von Razzien eine Flucht zu verhindern. Ein benutzbarer Notausgang hätte Leben retten können.

In Berlin gab es letztes Jahr Schlagzeilen, als eine Abgeordnete der Linken in Neukölln verbin-
derte, dass die typischen »Verbundeinsätze« von
Polizei und beispielsweise Ordnungsamt durch-
geführt werden konnten. Ist ein solches indi-
vidualpolitisches Engagement hilfreich oder
ist das Problem so stark mit strukturellem

Rassismus verbunden, dass es größere Reformen
braucht?



MW: Die Einschränkung der Verbundeinsätze durch Stadträtin Sarah Nagel war tatsächlich das erste Mal, dass dieser rassistischen Praxis aus der Exekutive heraus Einhalt geboten wurde. Es war auch die Folge des lokalen Widerstands gegen die Razzien durch Betroffene und Unterstützer*innen, von dem wir ja selber auch Teil waren. Insofern handelte es sich hierbei gar nicht um individualpolitisches Engagement, sondern um

den Ausdruck verschobener Kräfteverhältnisse in einem weiterhin andauernden politischen Konflikt – und um eine mutige Politikerin, die sich nicht davon abhalten ließ, das problematische Vorgehen zu beenden. Trotzdem ist dieser Widerstand natürlich punktuell und kann nicht annähernd die Wucht des strukturellen Rassismus in Deutschland eindämmen.



MC: Letzlich ist diese Vorstellung vermeintlicher Clans ein sehr deutsches Phänomen. Die Probleme, die die Politik mit diesen Gruppen hat, sind hausgemacht und gehen zurück auf die enorm menschenfeindliche Asylpolitik der 80er und 90er Jahre. Die Menschen, denen jetzt das Clan-Stigma aufgedrückt wird, haben eine jahrzehntelange systematische Kriminalisierung und Ausgrenzung durch den deutschen Staat hinter sich.

Es braucht ein Bleiberecht für alle Betroffenen. Die Zeit der Kettenduldungen und Arbeitsverbote muss vorbei sein. Es braucht eine Destigmatisierung, um eine gerechte gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen, damit die Selbstverwirklichung dieser Menschen auch fern kriminalisierender Narrative möglich wird.

Die Fragen stellte Timo Schröder.